

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

Diskussionen zum Milizsystem 2018 / 2019

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bühlmann, Marc

Bevorzugte Zitierweise

Bühlmann, Marc 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Diskussionen zum Milizsystem 2018 / 2019, 2019*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 19.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Institutionen und Volksrechte	1
Parlamentsmandat	1

Abkürzungsverzeichnis

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Institutionen und Volksrechte

Parlamentsmandat

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 31.12.2019
MARC BÜHLMANN

«Le grand mythe du parlement de milice» betitelte die Zeitung Le Temps die Diskussion um eine Studie, mit der Arbeitsbelastung und Einkommen von Parlamentsmitgliedern untersucht wurden. Im Schnitt wende ein Parlamentsmitglied 50 Prozent seiner Zeit für Parlaments- und Kommissionsitzungen auf, Vor- und Nachbereitung inklusive. Rechne man die wichtigen ausserparlamentarischen Kontakte – etwa Medien- und Öffentlichkeitsarbeit – hinzu, komme man auf einen Beschäftigungsgrad von rund 80 Prozent für einen National- und 70 Prozent für einen Ständerat. Hierfür beziehe das durchschnittliche Parlamentsmitglied, je nachdem, ob es eine Mitarbeitende oder einen Mitarbeitenden beschäftige, zwischen CHF 63'000 und CHF 92'200 pro Jahr (inklusive Spesen aber exklusive allfälliger Mandate von Interessenorganisationen). Um zu zeigen, wie wenig diese Situation noch mit einem «**Milizparlament**» zu tun habe, in welchem man einen Fuss im Stall oder im Büro und den anderen unter der Bundeshauskuppel habe, beleuchtete Le Temps die Geschichte des Schweizer Parlaments. Bis in die 1960er Jahre hätten Parlamentsmitglieder ausser Reisespesen und Sitzungsgelder keine Entschädigungen erhalten. Erst mit der Mirage-Affäre sei ein Jahreslohn von CHF 3'000 eingeführt worden. Dieser sei ständig angehoben worden, hätte aber bis weit in die 1990er Jahre kaum gereicht, um davon leben zu können. Seither könne man aber eine stete Professionalisierung beobachten und es gebe immer mehr Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die neben ihrem Mandat keiner bezahlten Arbeit mehr nachgingen.

Nicht nur im Parlament verschwinde der **Milizgedanke**, sondern auch in der Gesellschaft. So wurde in einigen Medien der Vorschlag von Avenir Suisse für einen allgemeinen Bürgerdienst kommentiert. Das Milizsystem sei wegen mangelnder Teilnahme bedroht, kommentierte etwa die Aargauer Zeitung. Freiwilligenarbeit rangiere vor allem im öffentlichen Dienst «hinter der Selbstverwirklichung, dem beruflichen Vorwärtstrampeln und dem Freizeitvergnügen». Die geringe Wertschätzung für politische Arbeit aber auch die gestiegenen Ansprüche im Arbeitsleben trügen das ihre dazu bei. Bei global tätigen Firmen und mit zunehmender internationaler Vernetzung nehme das Verständnis für das Milizsystem ab, befand auch der Tages-Anzeiger, der über die Mühen von Lokalpolitikerinnen und -politikern, bei ihren Arbeitgebern Unterstützung für ihr politisches Amt zu erhalten, berichtete. Das führe aber auch dazu, dass viele Parlamente vor allem von Mandatsträgerinnen und -trägern mit flexiblen Jobs besetzt seien. Die «überdurchschnittlich vielen Geschäftsführerinnen und selbständigen Juristen» seien aber kein Abbild der Bevölkerung. Im St. Galler Tagblatt wurde vorgeschlagen, vermehrt nicht-berufstätige Frauen zu rekrutieren, die, «wenn sie 50 sind [...] und die Kinder ausgezogen [...], Zeit für neue Aufgaben» hätten.

Auch der Gemeindeverband, der 2019 zum «Jahr der Milizarbeit» ausgerufen hatte, löste Diskussionen um das Thema aus. Eine in diesem Kontext entstandene Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur bemühte sich insbesondere Reformvorschläge gegen die zunehmenden Schwierigkeiten von Gemeinden, politisches Personal zu rekrutieren, aufzuzeigen. Die Studie machte in einer Befragung einiges Potenzial bei Jugendlichen aus. Rund 20 Prozent der jungen Erwachsenen wären grundsätzlich interessiert, ein Amt zu übernehmen, seien aber ein «blinder Fleck» in der Kommunikation der Gemeinden, wenn es um das Anwerben von Kandidierenden für politische Mandate gehe. Die Studie empfahl 80 Massnahmen, mit denen junge Erwachsene zu politischem Engagement bewegt werden könnten. In einem vom Gemeindeverband lancierten Ideenwettbewerb wurden zudem zahlreiche Vorschläge eingereicht, mit denen politische Ämter auf lokaler Ebene attraktiver gemacht werden könnten: Erwerbersatz für Gemeinderäte, Anrechenbarkeit eines Milizamtes an die Wehrpflicht, den Zivildienst oder die Ausbildung sowie die Gewährung von Steuerabzügen waren Ideen, mit denen laut Gemeindeverband vor allem eine Debatte angestossen werden sollte.

Eine breit angelegte Studie der Universität Bern analysierte zwar eine sehr breite Unterstützung des Milizsystems, die quasi zur DNA der Schweiz gehöre, so die NZZ, trotzdem bröckle es «an allen Ecken und Enden». Die Studie schlug zwei Massnahmen

vor, um «das Milizland Schweiz nachhaltig zu stärken», wie das St. Galler Tagblatt zusammenfasste: Mehr Wertschätzung für Freiwilligenarbeit als kurzfristige und eine Stärkung der politischen Bildung an der Volksschule als längerfristige Massnahme. Die junge Generation müsse für die Bedeutung des Milizsystems stärker sensibilisiert werden – so das Fazit der Studie.¹

1) Freitag et al. (2019). Milizarbeit in der Schweiz. Zahlen und Fakten zum politischen Leben in der Gemeinde. ; Sciarini et al. (2017). Etude sur les revenus et les charges des parlementaires fédéraux; LT, 24.10.18; AZ, 22.11.18; Blick, LT, NZZ, 7.2.19; BaZ, 11.2.19; NZZ, 18.5.19; SGT, 21.5.19; NZZ, 8.7.19; SGT, 23.9.19; WW, 26.9.19; TA, 1.10.19